



**Niederschrift**

**Öffentliche/nichtöffentliche Sondersitzung des Hauptausschusses**

---

Sitzungstermin: Dienstag, 27.11.2012  
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr  
Sitzungsende: 22:10 Uhr  
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

---

Anwesende:

Herr Henning Wulf

Herr Wilfried Mohr

Frau Edda Lessing

Herr Claus Peter Dieck

Frau Doris Grote

Herr Joachim Miermeister

Herr Hans-Jürgen Scheiwe

Frau Rita Marcussen

Frau Ingrid Olef

Herr Dirk Wilkens

Vertretung für: Herrn Säker, Peter 1.  
stv. Kreispräsident

Herr Wolfgang Schnabel

Herr Jürgen Kaldewey

Herr Heinz-Michael Kittler

Frau Anke Pawlik Kreissenjorenbeirat

Herr Winfried Zylka

KT-Abg. als Gast

Herr Hans-Jürgen Sass-Olker

KT-Abg. als Gast

Frau Lore Würfel

KT-Abg. als Gast

Frau Rosemarie Jahn

KT-Abg. als Gast

Frau Landrätin Hartwig

Frau Höppner-Reher Gleichstellungsbeauftragte

Herr Kruse Personalrat

Frau Grandt FBL Zentrale Steuerung

Herr Dr. Hoffmann FBL Soziales, Jugend, Bildung

Herr Schröder FBL Ordnungswesen und Straßenverkehr

Herr Dr. Warlies FBL Gesundheit für Mensch und Tier

Herr Wolf FBL Umwelt, Planen, Bauen

Frau Hermelink Vorstand GMSE

Herr Hilmer FDL Personal und Organisation

Herr Jankowski FDL Schulangelegenheiten  
Frau McGregor FDL Finanzen  
Herr Rüge FDL Rechnungsprüfung, Gemeindeprüfung  
Herr Scharping FDL Rechtsangelegenheiten und Kommunalaufsicht  
Herr Flägel Ressourcenmanagement/Finanzen  
Frau Kind Büro der Landrätin  
Herr Schramm Büro der Landrätin  
Herr Birke Protokollführer

Abwesende:

Herr Peter Säker 1. stv. Kreispräsident

**Tagesordnung:**

**(öffentlich)**

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
  - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
  - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.10.2012, 25.10.2012 und 06.11.2012
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
  - 3.1 Widerspruch gegen den Beschluss des Hauptausschusses vom 06.11.2012 auf Zusage des vollumfänglichen Gutachtens im Segeberger Kinderschutzfall
  - 3.2 Analyse Gutachten nach Empfehlung des ULD
  - 3.3 Fortbildung ASD/Eilantrag der Landrätin
  - 3.4 Aktuelle Aufgabenentwicklung in der Kreisverwaltung Segeberg;  
hier: notwendige Stellenbesetzungen in 2013  
Vorlage: DrS/2012/105-1
  - 3.5 Stellenplan
  - 3.6 Mieter- / Vermieter-Modell zwischen Kreis und "ISE neu"  
Vorlage: DrS/2012/118
  - 3.7 Wirtschaftsplan ISE 2013  
Vorlage: DrS/2012/158

- 3.8 Budget 2013, Fachbereich L  
Vorlage: DrS/2012/156
- 3.9 Budget 2013, Fachbereich I  
Vorlage: DrS/2012/157
- 3.10 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2013
  - 3.10.1 Ergebnis- und Finanzplan
  - 3.10.2 Haushaltssatzung
- 4 Berichte/Informationen der Landrätin
- 5 Verschiedenes
  - 5.1 Anfragen
  - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II
- 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises

**Protokoll:**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

**zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

**zu 2 Formalien**

**zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende legt dem Ausschuss eine geänderte Tagesordnung vor, mit der in der heutigen Sitzung gearbeitet werden solle. Die geänderte Fassung ist an dieses Protokoll angefügt.

Zu dieser Tagesordnung stellt Herr Mohr den Antrag den TOP 3.7 (Wirtschaftsplan ISE 2013) von der Tagesordnung zu nehmen. Frau McGregor erwidert, dass der Wirtschaftsplan 2013 der ISE (insbesondere die Mieten) in den Haushalt 2013 des Kreises Segeberg eingearbeitet werden müsse.

Der Vorsitzende macht den Vorschlag vorerst dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und eventuelle Änderungen später vorzunehmen. Herr Mohr fragt nach, ob Frau Hermelink den Ausschuss in der heutigen Sitzung über den Wirtschaftsplan 2013 der ISE informieren könne und in der Sitzung am 04.12.2012 ein Beschluss gefasst werde.

Der Vorsitzende nimmt diese Idee auf und stellt fest, dass der Wirtschaftsplan 2013 der ISE am 04.12.2012 beschlossen werde und heute nur ein Bericht von Frau Hermelink erfolge.

Es werden keine weiteren Einwände gegen die geänderte Tagesordnung erhoben. Damit ist diese genehmigt.

**zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.10.2012, 25.10.2012 und 06.11.2012**

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 18.10.2012 erhoben. Damit ist diese genehmigt.

**zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung**

**zu 3.1 Widerspruch gegen den Beschluss des Hauptausschusses vom 06.11.2012 auf Zusendung des vollumfänglichen Gutachtens im Segeberger Kinderschutzfall**

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss, dass die Landrätin Widerspruch gegen den Beschluss des Hauptausschusses vom 06.11.2012 bezüglich des Versands des vollumfänglichen Gutachtens zum Segeberger Kinderschutzfall erhoben habe. Das Widerspruchsschreiben wurde in Vertretung von Frau Lessing unterzeichnet. Anschließend stellt der Vorsitzende zur Abstimmung, ob der betreffende Beschluss vom 06.11.2012 aufgehoben werden solle.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich

Zustimmung: 5 Ablehnung: 1 Enthaltung: 6

**zu 3.2 Analyse Gutachten nach Empfehlung des ULD**

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss, dass Herr Weichert aus dem ULD den Vorschlag gemacht habe, die Inhalte des vollumfänglichen Gutachtens mit dem Gutachten mit den unkenntlich gemachten Sozialdaten zu vergleichen. Sollte die Politik mit der Verwaltung zu keiner Einigung gelangen, habe Herr Weichert das Angebot gemacht, in dieser Angelegenheit zu moderieren. Der Terminvorschlag der Landrätin für eine Sondersitzung des Hauptausschusses sei der 11.12.2012. Die Landrätin ergänzt, dass sie ein großes Interesse daran habe, ein Verständnis der Politik für das Vorgehen der Verwaltung herzustellen. Sie wolle in der Sondersitzung die Beweggründe für das Vorgehen erläutern.

Der Vorsitzende hält fest, dass am 11.12.2012 um 19:00 Uhr eine nichtöffentliche Sondersitzung des Hauptausschusses stattfinden werde. Er bittet die Landrätin, Frau Grandt sowie Herrn Scharping an der Sitzung teilzunehmen.

**zu 3.3 Fortbildung ASD/Eilantrag der Landrätin**

Der Vorsitzende spricht den Eilantrag der Landrätin an, in dem es um die Aufstockung der Fortbildungsmittel für das Jugendamt ginge. Der Antrag ist an dieses Protokoll angefügt. Im Anschluss erteilt der Vorsitzende der Landrätin das Wort, die den Antrag weiter begründet. Es sei wichtig, so schnell wie möglich die Ermächtigung für die Beauftragung zu erhalten, da das Unternehmen sehr begehrt sei und man die Mittel in den Haushalt 2013 einstellen wolle. Die freien Träger der Jugendhilfe würden dabei die Kosten der Schulung selbst übernehmen.

Herr Miermeister erkundigt sich im Anschluss, was ein Fachtag sei. Herr Dr. Hoffmann erwidert, dass er das Institut kenne und unter einem Fachtag ein „Start-up“- Tag zu verstehen sei. Weiter macht er deutlich, dass ebenfalls alle neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Lüttringhaus Institut geschult würden.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag des Eilantrages zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Landrätin wird ermächtigt, zur kurzfristigen Durchführung des „Lüttringhaus“-Fortbildungsprogramms die erforderlichen Aufträge unverzüglich zu erteilen.

Die zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Haushaltsmitteln notwendigen zusätzlichen Haushaltsmittel sollen

1. über die Änderungsliste für den Haushalt 2013 in Höhe von 28.500,- EUR eingestellt werden,
2. des Weiteren in Höhe von 10.000,- € für das Haushaltjahr 2014 vorgesehen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.4 Aktuelle Aufgabenentwicklung in der Kreisverwaltung Segeberg;**

**hier: notwendige Stellenbesetzungen in 2013**

**Vorlage: DrS/2012/105-1**

Herr Mohr macht den Ausschuss auf eine Unstimmigkeit der Kostenaufstellung in der Anlage 1 der DrS/2012/105-1 und der heute vorgelegten Tischvorlage aufmerksam. Herr Hilmer bittet diesen Übertragungsfehler zu entschuldigen und schlägt vor, nach Fachbereichen und Fachdiensten vorzugehen. Weiterhin bittet er den Ausschuss, sich fachlich und sachlich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Herr Dieck erklärt, dass die vorgenommenen Änderungen in der Vorlage schwer nachzuvollziehen seien. Er teilt dem Ausschuss mit, dass er einige Stellen ablehnen werde, dies jedoch keine Verweigerungshaltung sein solle. Er macht deutlich, dass seine Entscheidung auf einer Gesamtabwägung beruhe. Herr Schnabel verweist auf die Konsolidierungspolitik des Kreises und macht ebenfalls deutlich, dass in bestimmten Bereichen eine Abwägung erforderlich wäre.

Frau Lessing erklärt hingegen, dass in den letzten Jahren systematisch an Personal gespart worden sei. In diesem Zusammenhang spricht sie den Benchmarkingbericht an und verweist auf den schlechten Stand der Kreisverwaltung Segeberg im Hinblick auf die Personalausstattung. Sie macht deutlich, dass eine leistungsfähige Verwaltung nur mit einer ausreichenden Personalausstattung bestehen könne.

Frau Grote erklärt, dass sie die Umsetzung von strukturellen Veränderungen vermisse. Die Landrätin erwidert, dass schrittweise einzelne Fachdienste zusammengelegt werden sollen. Weiter informiert sie den Ausschuss, dass laufend Organisationsuntersuchungen im Hause durchgeführt würden. Die Kreisverwaltung Segeberg brauche dringend Personal, um alle Pflichtaufgaben sowie den Qualitätsanspruch der Bürgerinnen und Bürger erfüllen zu können.

Im Anschluss verweist der Vorsitzende auf die Anlage 1 der DrS/2012/105-1, die als Übersicht zur Abstimmung dienen solle.

Herr Dieck stellt den Antrag die 0,5 Stelle Jurist Rechtsamt nicht mit in den Stellenplan aufzunehmen. Der Vorsitzende stellt diesen Antrag zur Abstimmung. Dem Antrag stimmt der Ausschuss mehrheitlich zu.

Herr Scharping erläutert weshalb die 0,2 Stelle Assistenz Rechtsamt erforderlich wäre. Herr Dieck stellt den Antrag die Stelle nicht mit aufzunehmen. Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Herr Dieck erklärt, dass er den Bedarf der 1,5 Stelle Personalplanung/-entwicklung, -führung sehe. Er spricht sich jedoch dafür aus, vorerst nur eine Stelle mit einem Sperrvermerk aufzu-

nehmen und im Januar 2013 eine Stellenbeschreibung zu erhalten. An dieser Stelle erklärt Herr Dieck, dass grundsätzlich bei allen neuen Stellen, die mit Sperrvermerk beschlossen werden, die CDU-Fraktion damit eine Budgetreduzierung auf 75% des Mittelbedarfes für diese Stelle verbindet. Weiter stellt er den Antrag eine 0,5 Stelle nicht mit aufzunehmen. Im Anschluss stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag von Herrn Dieck zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Schnabel erklärt, dass er die 0,5 Stelle Allgemeine Dienste nicht in den Stellenplan aufnehmen wolle. Der Vorsitzende stellt den Vorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag mehrheitlich zu.

Herr Dieck stellt den Antrag die 0,5 Stelle Fachdienst Finanzen nicht mit aufzunehmen. Frau McGregor verweist auf die Organisationsuntersuchung, die darstellt, dass auf keiner Stelle weitere Kapazitäten zur Verfügung stünden. Sie erklärt, dass so nicht fristgerecht gearbeitet werden könne. Herr Hilmer ergänzt, dass die Streichung dieser Stelle gravierende Auswirkungen hätte und bittet den Ausschuss von einer Streichung abzusehen.

Anschließend ändert Herr Dieck seinen Antrag dahingehend, die 0,5 Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen. Frau Lessing stellt den Antrag die 0,5 Stelle Fachdienst Finanzen mit in den Stellenplan aufzunehmen.

Der Vorsitzende stellt vorerst den Antrag von Frau Lessing zur Abstimmung. Der Ausschuss lehnt diesen Antrag mehrheitlich ab.

Dann stellt er den Antrag von Herrn Dieck, die 0,5 Stelle Fachdienst Finanzen mit einem Sperrvermerk zu versehen, zur Abstimmung. Diesem Antrag stimmt der Ausschuss einstimmig zu.

Der Vorsitzende lässt über die 0,65 Stelle Fachdienst Finanzen abstimmen. Der Ausschuss stimmt der Stelle einstimmig zu.

Herr Schnabel stellt den Antrag die 0,5 Stelle Datenschutzbeauftragter zu streichen. Der Vorsitzende lässt über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Herr Dieck macht den Vorschlag die 2,5 Stellen Waffenbehörde bis 2015 zu befristen. Der Vorsitzende stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Frau Lessing stellt den Antrag die Stelle Verkehrsordnungswidrigkeiten mit einem Sperrvermerk zu versehen. In diesem Zusammenhang erkundigt sich Herr Busch, ob sich diese Stelle nicht von selbst trage. Herr Schröder bestätigt dies. Im Anschluss stellt der Vorsitzende den Antrag von Frau Lessing zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem einstimmig zu.

Die Landrätin führt zu der 0,5 Stelle Hilfeplanung Eingliederungshilfe aus, dass diese Stelle sehr gut begründet sei. Weiter macht sie den Ausschuss auf das hohe Finanzvolumen der Eingliederungshilfe aufmerksam. Anschließend stellt Herr Schnabel den Antrag diese Stelle nicht mit aufzunehmen.

Frau Olef und Herr Kaldewey sprechen sich für die Notwendigkeit der Stelle im Hinblick auf die neuen gesetzlichen Regelungen auf Landesebene aus.

Frau Grandt erklärt, dass es für die 0,5 Stelle Hilfeplanung Eingliederungshilfe bereits einen Beschluss gebe. Die 0,5 Stelle Systembetreuung solle befristet werden. Es stünde jedoch eine weitere Stelle in der Eingliederungshilfe zur Debatte. Der Vorsitzende erklärt, dass die 0,5 Stelle Hilfeplanung Eingliederungshilfe bereits beschlossen sei.

Herr Schnabel spricht sich dafür aus, die 0,5 Stelle Systembetreuung Eingliederungshilfe nicht im Stellenplan zu verankern. Herr Hilmer erwidert, dass dies verheerende Auswirkungen hätte. Er informiert den Ausschuss, dass die Software bereits gekauft sei. Diese Software würde dem gesamten Fachdienst Vorteile bringen. Er bittet den Ausschuss, einer Befristung der Stelle auf 3 Jahre zuzustimmen. Frau Grandt erläutert dem Ausschuss, dass diese Stelle finanzielle Einsparungen bedeuten würde. Herr Dr. Hoffmann verweist auf die Fallzahlsteigerung und macht den Vorschlag die Stelle vorerst auf 2 Jahre zu befristen.

Herr Dieck erklärt sich unter Berücksichtigung der Arbeitsvereinfachung sowie der Optimierung der Organisationsabläufe bereit, die 0,5 Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Landrätin führt aus, dass es bei dieser Stelle um die Einführung von grundsätzlichen Systemen ginge. Weiter erklärt sie, dass die Fachdienstleitungen die Verantwortung für ihre Fachverfahren haben. Um diese Fachverantwortung ausleben zu können, werde diese Stelle im Rahmen einer Schnittstellenoffensive benötigt. Herr Hilmer ergänzt, dass die Organisationsuntersuchung ergeben habe, dass diese Stelle Auswirkungen auf den gesamten Fachdienst habe.

Der Vorsitzende lässt über die 0,5 Stelle Systembetreuung Eingliederungshilfe wie folgt abstimmen: Als erstes lässt er über eine Befristung der Stelle für 3 Jahre abstimmen. Dieser Vorschlag wird von dem Ausschuss mehrheitlich abgelehnt. Im Anschluss lässt er über eine Befristung der Stelle auf 2 Jahre abstimmen. Diesen Vorschlag lehnt der Ausschuss mehrheitlich ab. Daraufhin lässt er darüber abstimmen, die Stelle mit einem Sperrvermerk zu versehen. Diesem Vorschlag stimmt der Ausschuss mehrheitlich zu.

Herr Dieck stellt den Antrag die Stelle Eingliederungshilfe nicht in den Stellenplan aufzunehmen. Der Vorsitzende stellt diesen Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Herr Dieck schlägt vor die Stellen der Sozialpädagogen im Zusammenhang zu diskutieren. Im weiteren Verfahrensgang halte er es für sinnvoll, im Vorwege 3,5 Stellen zu genehmigen. Für alle weiteren Stellen sollte das Ergebnis des Jugendhilfeunterausschusses abgewartet werden. Weiter stellt er den Antrag 5 zusätzliche Stellen mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Der Vorsitzende erkundigt sich, welche die 3,5 Stellen seien. Frau Grandt erklärt, dass in den 3,5 Stellen eine 0,5 Stelle Jugendhilfeplanung, 2 Stellen Sozialpädagogen und 1 Stelle Qualitätsmanagement Kinderschutz enthalten seien. Der Vorsitzende erklärt, dass diese Stellen bereits beschlossen seien.

Herr Busch macht den Vorschlag, die 3,5 Stellen in den Stellenplan einzustellen. Alle weiteren Stellen sollten mit einem Sperrvermerk versehen werden. Der Jugendhilfeunterausschuss würde dann im Nachgang den weiteren Stellenmehrbedarf ausmachen. Er spricht sich dabei ganz klar gegen eine Streichung der Stellen aus. Herr Schnabel sieht die Haushaltskonsolidierung in Gefahr, falls alle weiteren 10 Stellen mit einem Sperrvermerk versehen würden. Er spricht sich dafür aus nur 5 weitere Stellen mit einem Sperrvermerk einzustellen. Der Vorsitzende stimmt Herrn Schnabel zu und macht deutlich, dass die Ergebnisse des Jugendhilfeunterausschusses zu weiteren Stellen dann neu beraten werden müssten. Nach anschließender Diskussion stellt er die Aufnahme von 5 Stellen mit Sperrvermerk in Verbindung mit der erneuten Beratung nach der Vorstellung der Ergebnisse des Jugendhilfeunterausschusses zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Herr Mohr berichtet über die Beratung zu den 1,8 Stellen Kinderpflegerinnen und der 0,25 Stelle Assistenz Schulpsychologischer Dienst aus dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Schule. Im Anschluss stellt der Vorsitzende die Aufnahme dieser Stellen in den Stellenplan zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu.

Der Vorsitzende erklärt, dass die 0,2 Stelle Kinderarzt genehmigt sei.

Herr Dieck erkundigt sich im Zusammenhang mit der Stelle Gesundheitsaufseher nach der Konnexität. Herr Dr. Warlies erwidert, dass man dazu bisher nichts Konkretes sagen könne. Das Sozialministerium hätte diese Aufgabe als Weisungsaufgabe auf den Kreis Segeberg übertragen. Die Landrätin ergänzt, dass die Konnexität nicht anerkannt werde. Sie halte es jedoch für eine unzulässige Verschiebung, die politisch auf einer anderen Ebene ausgefochten werden müsse. Der Vorsitzende stellt den Antrag diese Stelle nicht mit aufzunehmen zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem Antrag mehrheitlich zu.

Herr Dieck stellt den Antrag die 0,1 Stelle Bauvoranfragen nicht mit in den Stellenplan aufzunehmen. Der Vorsitzende stellt diesen Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Herr Mohr berichtet dem Ausschuss, dass er im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur darum gebeten habe, auf der Grundlage des Landesrechnungshofberichtes eine entsprechende Berechnung zu machen, ob 2 Bauingenieure bei Wahrung der aktuellen Bearbeitungszeiten für die Bauaufsicht erforderlich sind. Herr Wolf erwidert, dass er per E-Mail eine Liste mit den Daten der Erhebungen des Landesrechnungshofes versandt habe. Der Kreis Segeberg liege mit den zusätzlichen 2 Stellen unter dem Schnitt des Landes. Der Vergleich von Ingenieuren und Verwaltungskräften würde jedoch hinken.

Herr Dieck stellt den Antrag nur eine Stelle Bauingenieur Bauaufsicht mit in den Stellenplan aufzunehmen. Der Vorsitzende stellt diesen Vorschlag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt diesem einstimmig zu.

Weiter stellt Herr Dieck den Antrag die 0,5 Stelle Denkmalschutz zu streichen. Frau Lessing pflichtet ihm bei. Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt mehrheitlich zu.

Für die nächsten Stellen macht Herr Dieck den Vorschlag eine Stelle Ingenieur Naturschutz aufzunehmen und die eine Stelle Techniker Naturschutz sowie die 0,5 Stelle Verwaltung Naturschutz zu streichen. Herr Hansen erklärt, dass es bei diesen Stellen nicht nur um Geld ginge. Er führt weiter aus, dass der Kreis Segeberg seit Jahren im Bereich des Naturschutzes unterbesetzt sei. Diese Tatsache würde dem Kreis erheblichen Schaden zu fügen.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende den Antrag die Stelle des Ingenieurs im Naturschutz in den Stellenplan aufzunehmen zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Weiter stellt er zur Abstimmung die Stelle des Technikers im Naturschutz zu streichen. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Daraufhin lässt er darüber abstimmen, die 0,5 Stelle Verwaltung Naturschutz zu streichen. Der Ausschuss stimmt mehrheitlich zu.

Im Anschluss stellt Frau Lessing den Antrag die 0,5 Stelle der Verwaltung im Naturschutz in eine 0,5 Stelle Projektmanagement Windenergie umzuwidmen. Der Vorsitzende stellt diesen Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der Vorsitzende lässt über die 2 Stellen Klimaschutzmanager abstimmen. Der Ausschuss stimmt den 2 Stellen einstimmig zu.

Herr Dieck spricht sich dafür aus, die 0,5 Stelle Verwaltung Klimaschutz zu streichen. Herr Hansen verweist auf die Diskussion im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur und macht deutlich welche umfassende Aufgabe hier zu erledigen sei. Weiter geht er darauf ein, dass der Kreis Segeberg durch eine Streichung der Stelle Geld verlieren würde.

Im Anschluss lässt der Vorsitzende über den Antrag von Herrn Dieck abstimmen. Der Ausschuss stimmt diesem mehrheitlich zu.

Herr Miermeister informiert den Ausschuss, dass die 14 Stellen des Jobcenters am 29.11.2012 im Sozialausschuss abschließend beraten würden. Der Vorsitzende erklärt, dass über diese Stellen im Hauptausschuss am 04.12.2012 beraten werde.

*Pause 19:05 – 19:25 Uhr*

### **zu 3.5 Stellenplan**

Der Vorsitzende erklärt, dass der Stellenplan entsprechend den gefassten Beschlüssen geändert werde und die daraus resultierenden Konsequenzen im nächsten Hauptausschuss beraten werden können. Weitere offene Fragen zu den Stellen im Jobcenter sollen ebenfalls am 04.12.2012 geklärt werden.

### **zu 3.6 Mieter- / Vermieter-Modell zwischen Kreis und "ISE neu"**

#### **Vorlage: DrS/2012/118**

Herr Dieck führt aus, dass er die Vorlage nicht nachvollziehen könne. Insbesondere sei die Tilgung von Krediten durch die Miete als unvorteilhaft anzusehen.

Frau Hermelink erklärt, dass für eine Bauunterhaltung ein fester Mietwert benötigt werde. Für die Mietkalkulation habe sie die Zahlen aus den letzten 3 Jahren und die Planungen der kommenden 3 Jahre zugrunde gelegt und sich mit dem Kreis Segeberg auf ca. 2,07 MIO EUR verständigt. Weiter führt sie aus, dass die Tilgung der Kredite gerade im Rahmen einer Kontrollberechnung der Festmiete untersucht werde. Da die Abschreibungen mit in der Miete enthalten seien, würde die ISE/GMSE jedes Jahr ca. 500.000 € Verluste zu verzeichnen haben. Somit sei es notwendig die Tilgung der Kredite mit in die Miete einzubeziehen.

Herr Kittler sieht die ISE als ein Fass mit Löchern im Boden. Er halte die Miete für nicht kalkulierbar und wünsche sich die ISE als eine schlanke Fachabteilung.

Frau Lessing hält die vorgeschlagene Rechnung für nicht betriebswirtschaftlich. Sie spricht sich dafür aus, die Tilgung der Kredite nicht mit in die Miete aufzunehmen. Sie sehe eher die Möglichkeit das Eigenkapital aufzustocken.

Der Vorsitzende schlägt vor die DrS/2012/118 heute zur Kenntnis zu nehmen und nochmals im Werkausschuss zu diskutieren.

### **zu 3.7 Wirtschaftsplan ISE 2013**

#### **Vorlage: DrS/2012/158**

Frau Hermelink macht den Ausschuss auf die Tischvorlage aufmerksam und stellt dem Ausschuss den Wirtschaftsplan 2013 der ISE vor.

Im Anschluss erkundigt sich Herr Dieck, ob im BBZ Norderstedt 4 oder 2 neue Klassen geplant seien. Frau Hermelink antwortet, dass im Vermögensplan 4 Klassen veranschlagt seien. Herr Jankowski sei jedoch mit dem BBZ im Gespräch und sehe Optimierungsbedarf. Eventuell seien nur 2 Klassen erforderlich. Es werde jedoch eine Haushaltsunterlage Bau mit genauen Kostenschätzungen folgen.

Im Anschluss bittet Frau Lessing um eine Überarbeitung des Wirtschaftsplans zum 04.12.2012. Herr Mohr macht den Vorschlag dabei die Erträge und Aufwendungen aufzuschlüsseln. Frau Hermelink sagt eine Überarbeitung des Wirtschaftsplans zu.

### **zu 3.8 Budget 2013, Fachbereich L**

#### **Vorlage: DrS/2012/156**

Frau McGregor macht den Ausschuss auf die Vorlagen DrS/2012/156 und DrS/2012/150 aufmerksam. Der Vorsitzende schlägt vor nur die Änderungsliste durchzugehen. Herr Dieck erklärt, dass ihm die Vorlage DrS/2012/150 nicht zugegangen sei. Die Landrätin verweist auf die vorliegende Änderungsliste und geht auf die entsprechenden Positionen ein.

Herr Dieck fragt in Bezug auf den Teilplan 1111 nach, wieso die Personalaufwendungen unter der Ziffer 11 steigen würden und in Bezug auf den Teilplan 1112 wieso die Sachverständigen-, Gericht- und – ähnliche Vergütungen unter der Ziffer 16.6 angestiegen seien. Weiter fragt er nach dem Anstieg der Mieten im Teilplan 121 unter der Ziffer 13.2.

Frau Kind erklärt, dass die Differenz der Personalaufwendungen im Teilplan 1111 an weniger werdenden Personalstellen und steigenden Kosten festzumachen sei. Sie werde sich jedoch bei den einzelnen Fachdiensten rückversichern und im Hauptausschuss am 04.12.2012 erneut berichten.

Zu den erhöhten Vergütungen für Sachverständige und Gericht führt Frau Kind aus, dass im Fachdienst 30.00 Verfahren von außergewöhnlicher Natur aufgelaufen seien, die nur mit exter-

nen Fachanwälten bestritten werden konnten.

Zu der gestiegenen Miete im Teilplan 121 sagt Frau Kind eine Info am 04.12.2012 zu.

Anschließend erkundigt sich Frau Lessing nach Einsparmöglichkeiten bei dem Dienstwagen des Kreispräsidenten. Frau McGregor erklärt, dass die Kosten vermutlich in der Fuhrparkpauschale enthalten sein müssten. Das Einsparpotential bei einem Wegfall des Dienstwagens, müsste unter der Berücksichtigung der Personalkosten ausgerechnet werden.

Der Vorsitzende stellt den Antrag von Frau Lessing, die Verwaltung zu beauftragen eine Kostenaufstellung für den Dienstwagen des Kreispräsidenten zu erstellen, zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Daraufhin stellt der Vorsitzende die Teilpläne der Vorlage DrS/2012/156 in Verbindung mit der Änderungsliste zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt einstimmig zu.

*Pause 21:04 – 21:15 Uhr*

### **zu 3.9 Budget 2013, Fachbereich I**

#### **Vorlage: DrS/2012/157**

Frau Grandt verweist auf die Vorlage DrS/2012/157 sowie auf die vorgelegte Änderungsliste. Auch macht sie den Ausschuss auf die Tischvorlage zum investiven Teil der Hard- und Software aufmerksam. Weiter würde den Ausschussmitgliedern ein Schreiben des WZV zur Mitfinanzierung der GIK-Baulast vorliegen.

Frau Grandt geht auf den Teilplan 1114 ein. Insbesondere sei hier auf die Ziffern 13.10 und 13.11 zu achten. Hier hätten sich Änderungen ergeben, die auf der Änderungsliste aufgeführt sind. Frau Grandt erläutert dem Ausschuss die Änderungsliste und geht auf die Miete der ISE ein. Im Wirtschaftsplan 2013 der ISE sei von einer Festmiete ausgegangen worden, die im Haushalt geändert werden müsse.

Weiter führt Frau Grandt aus, dass die Sachverständigenkosten sich verdoppelt hätten. Dies sei vor allem auf die Einstellung eines Sicherheitsbeauftragten sowie die Steuerberatungskosten zurückzuführen.

Herr Mohr erkundigt sich nach den 100.000 € Mehrausgaben unter der Ziffer 13.7 im Teilplan 1114. Frau Grandt sagt zu, die Antwort nachzureichen. Herr Dieck fragt in diesem Zusammenhang nach den Mehrkosten unter der Ziffer 16.14 im Teilplan 1114. Frau Grandt sagt hier ebenfalls eine spätere Antwort zu.

Herr Hilmer geht auf die Position der Büroausstattung im Teilplan 1114 ein. Er spricht sich für einen festen Bestand von 4 Arbeitsplätzen aus, die über die Dauer von 30 Jahren abgeschrieben würden. Frau Grandt sagt zu eine Kostenkalkulation pro neuen Arbeitsplatz an das Protokoll anzuhängen. Die Landrätin ergänzt, dass alles Notwendige getan werden müsse, um den Ansprüchen der Bewerber gerecht zu werden und die Attraktivität des Kreises Segeberg als Arbeitgeber zu steigern.

Herr Dieck fragt im Zusammenhang mit der EDV-Aufstellung nach den veranschlagten 50.000 € für die iPads. Er schlägt vor darüber noch keinen Beschluss zu fassen, sondern diese Position mit einem Sperrvermerk zu versehen. Herr Mohr sieht dies ähnlich und schlägt vor in der Sitzung des Hauptausschusses am 04.12.2012 eine Entscheidung zu treffen.

Frau Lessing stellt den Antrag, die Unterstützung des WZV aus dem Haushaltsansatz herauszunehmen. Frau McGregor erläutert dazu, dass strenggenommen ein Fragezeichen hinter dieser Position stehen müsse. Die Verwaltung würde ausdrücklich empfehlen über diese Unterstützung im Haushalt 2014 nachzudenken. Weiter spricht sich Frau McGregor dafür aus, die bisher

unstrittigen Positionen (2 – 11 der Änderungsliste) zu beschließen.

Im Anschluss stellt der Vorsitzende die erste Seite der Änderungsliste mit einem Nachprüfverbehalt zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt bei 2 Enthaltungen einstimmig zu.

Anschließend stellt der Vorsitzende die 2. Position der 2. Seite der Änderungsliste (Nichtaufnahme der Zuweisung an den WZV) zur Abstimmung. Der Ausschuss stimmt einstimmig zu.

**zu 3.10 Finanzwirtschaft des Kreises Segeberg für das Haushaltsjahr 2013**

Der Vorsitzende hält fest, dass dieser TOP in der Sitzung am 04.12.2012 abschließend behandelt werde.

**zu 4 Berichte/Informationen der Landrätin**

TOP wurde aus Zeitmangel nicht behandelt.

**zu 5 Verschiedenes**

TOP wurde aus Zeitmangel nicht behandelt.

**zu 6 Einwohnerfragestunde II**

TOP wurde aus Zeitmangel nicht behandelt.

**zu 7 Bericht aus den Gesellschaften/Beteiligungen des Kreises**

TOP wurde aus Zeitmangel nicht behandelt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Henning Wulf  
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Birke  
(Protokollführer)